



*** Es gilt das gesprochene Wort ***

„Seht die Vögel unter dem Himmel...“

(Mt 6, 26)

Bericht vor der Landessynode
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Augsburg

18. – 22. März 2012

von Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm

GLIEDERUNG

„Seht die Vögel unter dem Himmel...“	3
1. Christlicher Glaube und Politische Verantwortung	4
2. Bildung	6
3. Internet.....	9
4. Kampf gegen Rechtsextremismus – Bündnis für Toleranz	10
5. Verfassungsänderung zum Verhältnis Christentum-Judentum.....	12
6. Kirchentage	13
7. Die Kraft, aus der wir schöpfen	14
8. Salutogenese.....	16

„Seht die Vögel am Himmel...“

Liebe Schwestern und Brüder,

knapp fünf Monate nach meiner Amtsübernahme lege ich Ihnen heute meinen zweiten Bischofsbericht vor. Und ich tue das mit großer Dankbarkeit. Es ist ein merkwürdiger Mix, aus dem diese Dankbarkeit kommt. Einerseits ist die Zeit wie im Fluge vergangen. Und andererseits frage ich mich, ob ich je etwas anderes gemacht habe.

In jedem Falle ist es die Dichte und der damit verbundene Reichtum der Erfahrungen, der dieses Gefühl der Dankbarkeit in mir verursacht. Von den wunderbaren Gottesdiensten, die ich erlebe, über die beglückende Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landeskirchenamt, allen voran dem Bischofsbüro und dem ganzen Landeskirchenrat, bis hin zu den intensiven Kontakten zur Politik und vor allem die vielen Kommunikationen mit Menschen, die ich persönlich kennen lerne, die mir schreiben, die auf Facebook posten. Die Fülle dieser Kommunikationen bringt mich manchmal an meine Grenzen. Gleichzeitig ist sie ein wichtiger Grund dafür, dass mir meine Arbeit soviel Freude macht.

Ich weiß, dass es auch inflationär werden kann, wenn ich dieser Freude immer wieder Ausdruck gebe. Aber sie trifft eben meine Erfahrung mit unserer Kirche. Und vielleicht ist sie ja auch über meine persönliche Wahrnehmung hinaus ein Zeichen dafür, welche Kraft in unserer Kirche steckt. Und sie sorgt dafür, dass die Konflikte, mit denen ich natürlich auch immer wieder konfrontiert bin, nicht die Lufthoheit gewinnen.

Ich verstehe den Sinn des Bischofsberichtes nicht so, dass ich Ihnen nun Schritt für Schritt erzähle, was ich erlebt habe. Ich will vielmehr einige meiner Erfahrungen theologisch reflektieren und daraus Orientierung gewinnen für Fragen, die für unsere Kirche von besonderer Bedeutung sind.

Für die mediale Öffentlichkeit war das Topthema in den vergangenen Monaten das, was mit dem Verhältnis von Kirche und Politik zu tun hatte. Und in der Tat haben die jeweils von unserem Beauftragten für die Beziehungen zu Landtag und Staatsregierung, Dieter Breit, maßgeblich mit vorbereiteten Begegnungen mit den Fraktionen des Landtags, mit dem Ministerpräsidenten und mit der Staatsregierung als ganzer sowie verschiedenen Mitgliedern eine nicht geringe Rolle gespielt und zum Teil schon ganz konkrete Ergebnisse erbracht.

Ganz unabhängig davon ist in der Öffentlichkeit mein eigenes Profil mit dem Stichwort „politischer Bischof“ charakterisiert worden. Aus den Predigten wird – und das berichten auch meine Kolleginnen und Kollegen im Bischofsamt durch die Bank – in der Regel das in den Medien zitiert, was politische Bedeutung hat, selbst wenn es sich hinter nur wenigen Sätzen verbirgt. Trotzdem bin ich froh, dass auch immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, dass für mich mein Ansprechen politischer Fragen stets gegründet ist in Frömmigkeit und den geistlichen Erfahrungen, die wir besonders in der gemeinschaftlichen Feier des Gottesdienstes machen dürfen. Wenn Journalistinnen mich nach dem Verhältnis von Kirche und Politik fragen, kann ich in der Regel nur kurz und pointiert antworten.

Ich möchte deswegen die Gelegenheit dieses Bischofsberichtes dazu nutzen, Ihnen einmal genauer Auskunft zu geben, worin für mich das politische Reden der Kirche gründet. Ich will dabei vor allem die theologische Tradition zur Sprache bringen und sie interpretieren, die für die lutherischen Kirchen dabei besonders wichtig geworden ist. Das ist deswegen besonders wichtig, weil genau diese Tradition in der Geschichte des Luthertums immer wieder missinterpretiert und zuweilen schlimm missbraucht worden ist. Ich spreche von der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre, die aus meiner Sicht präziser als „Zwei-Regimenten-Lehre“ zu bezeichnen ist.

1. Christlicher Glaube und politische Verantwortung

Der Begriff „Zwei-Reiche-Lehre“ ist deswegen anfällig für Missverständnisse, weil er den Eindruck erweckt, als handle es sich beim geistlichen „Reich“, in dem der Glaube und das Evangelium gilt und beim weltlichen „Reich“, in dem die Vernunft gilt, um zwei voneinander getrennte Bereiche. Lutherische Theologen haben auf der Basis dieser falschen Vorstellung in der Zeit des Dritten Reiches die Herrschaft der Nationalsozialisten und ihre brutalen Methoden damit gerechtfertigt, dass man das Evangelium eben nur im geistlichen Reich als handlungsleitend sehen könne und im weltlichen Reich eben eigene Gesetze gelten würden. Widerspruch auf der Basis der humanitären Kerngehalte des Evangeliums wurde so erstickt.

Der entscheidende Fehler dieser Interpretation war, dass sie Gottes Herrschaft über beide Reiche nicht angemessen erfasste. Gott regiert im geistlichen Reich und Gott regiert im weltlichen Reich. Gott ist im weltlichen Reich kein anderer als im geistlichen Reich. In beidem ist er der Gott, der sich in Jesus Christus offenbart hat. Deswegen ist zwar die Regierweise Gottes unterschiedlich, nicht aber die ethische Grundorientierung, die daraus erwächst. Weil es also nicht um zwei Reiche, sondern zwei Regierweisen Gottes geht, deswegen ist der Ausdruck „Zwei-Regimenten-Lehre“ präziser.

Worum geht es nun aber? Um zu verstehen, welche hohe Relevanz die Zwei-Regimenten-Lehre heute nach wie vor hat, müssen wir zunächst erfassen, mit welcher Ausgangsfrage Luther seine dafür einschlägige Schrift „Von weltlicher Obrigkeit“ geschrieben hat. Luther war neben vielem anderen auch Politik-Berater. Fürsten fragten ihn um Rat, wenn es um politische Entscheidungen ging. Umso brennender stellte sich die dahinter stehende Grundfrage: Wie kann ein gläubiger Christ überhaupt Verantwortung im politischen Bereich üben und wie geht er dabei mit Gottes Geboten um?

Für Luther waren die Gebote der Bergpredigt verbindlich für einen Christen. Wie sollte nun der Fürst – oder – in heutiger Redeweise – der Politiker damit umgehen? „Ich aber sage euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Übel, sondern: wenn dich jemand auf deine rechte Backe schlägt, dem biete die andere auch dar. Und wenn jemand mit dir rechten will und dir deinen Rock nehmen, dem lass auch den Mantel. Und wenn dich jemand nötigt, eine Meile mitzugehen, so geh mit ihm zwei“ (Mt 5,39-41). Dass dieses Gebot in Spannung steht mit einem von Verantwortung geprägten politischen Handeln, ist unmittelbar plausibel. Luthers

Antwort war: Die Gebote der Bergpredigt lassen sich nicht direkt auf den politischen Bereich übertragen, da unter den Bedingungen der Sünde dem Bösen gewehrt werden muss. Dass die Gebote der Bergpredigt für Politiker einfach außer Kraft gesetzt werden können, hat er nicht gesagt.

Hören wir Luther im Originalton:

„Denn wenn das (gemeint ist das kirchliche Ordnungshandeln) nicht wäre, zumal alle Welt böse und unter Tausenden kaum ein rechter Christ ist, würde eins das andere fressen, so daß niemand könnte Weib und Kind aufziehen, sich nähren und Gott dienen, womit die Welt wüst würde. Darum hat Gott zwei Regimenter verordnet: das geistliche, welches Christen und fromme Leute macht durch den heiligen Geist, unter Christus, und das weltliche, das den Unchristen und Bösen wehrt, daß sie äußerlich Frieden halten und still sein müssen, ob sie wollen oder nicht... Wenn nun jemand die Welt nach dem Evangelium regieren und alles weltliche Recht und Schwert aufheben und vorgeben wollte, sie wären alle getauft und Christen, unter denen das Evangelium kein Recht noch Schwert haben will, und wo es auch nicht nötig ist: Lieber, rate, was würde derselbe machen? Er würde den wilden, bösen Tieren die Bande und Ketten auflösen, daß sie jedermann zerrissen und zerbissen, und daneben vorgeben, es wären feine, zahme, zutrauliche Tierlein.“

Luther geht es hier nicht darum, der Welt eigene Gesetze zuzubilligen. Sondern es geht ihm schlicht und einfach um das Recht und seine wichtige Funktion für den Schutz der Schwachen. Wo niemand den Schwachen zum Recht verhilft, setzen sich die Starken durch. Wo die staatliche Gewalt nicht eingreift, triumphiert die Rücksichtslosigkeit. Es ist die im Evangelium gegebene Orientierung an der Liebe, die Luther so leidenschaftlich für das Recht eintreten lässt.

Wer heute auf bestimmte Mechanismen in der Wirtschafts- und Finanzwelt schaut, sieht schnell, wie hochaktuell Luthers Beharren auf dem Schutz der Schwachen mit dem Mittel staatlicher Ordnung ist. Ich selbst kann durch Rechtsverzicht Nachteile in Kauf nehmen. Wenn andere aber die Zeche zahlen, habe ich die Liebespflicht, ihnen zu Hilfe zu kommen und dem Unrecht entgegenzutreten. Dass Luther sich so leidenschaftlich in Politik und Wirtschaft eingemischt hat, etwa in der Zurückweisung ungerechter Kriege oder in der drastischen Kritik an den Praktiken der multinationalen Konzerne seiner Zeit, liegt genau darin begründet. Was ihn leitet, ist die biblische Option für die Armen. Wo den Armen Unrecht geschieht, muss ein Christ aus Liebe politisch Einspruch erheben.

„An dir und an dem Deinen“ – sagt Luther – „hältst du dich nach dem Evangelium und leidest Unrecht als ein rechter Christ für dich. An dem andern und an dem Seinen hältst du dich nach der Liebe und leidest kein Unrecht für deinen Nächsten – was das Evangelium nicht verbietet, ja vielmehr an anderer Stelle gebietet.“

Ich lese Luthers Aussagen als Plädoyer für einen bewussten Umgang mit dem christlichen Glauben in der Politik. Politik ist kein schmutziges Geschäft. Politik ist die Aufgabe, das Recht so zu gestalten, dass es für Gerechtigkeit sorgt, Frieden wahrt und Schwache schützt. Die Bergpredigt wird dadurch nicht außer Kraft gesetzt. Ihre Grundimpulse werden nur so in die

Politik eingebracht, dass das darin liegende Ziel, Frieden zu schaffen und die Schwachen zu schützen, auch wirklich erreicht werden kann – und dazu gehört dann eben auch die Durchsetzung des Rechts mit staatlicher Zwangsgewalt, wo andere Wege nicht mehr möglich sind.

Wegen dieser hohen ethischen Qualität der Politik, ist es Zeit, dem Beruf des Politikers endlich die Würdigung zu geben, die er verdient. Politik gehört in der Werteskala der Berufe ganz nach oben. Politische Entscheidungen prägen das Leben der Menschen in immer höherem Maße. Daran mitzuwirken, dass es die richtigen, ethisch auch wirklich verantwortbaren Entscheidungen sind, gehört zu den ethisch gehaltvollsten Aufgaben unserer Zeit.

Wer pauschal „die Politiker“ abqualifiziert, hat keine Ahnung, wovon er redet. Sowohl was die Persönlichkeiten betrifft, die in der Politik tätig sind, ist das Spektrum vielfältig, als auch was die ethischen Standards betrifft. Und auch die politischen Programme unterscheiden sich. Es verlangt zwar eine gewisse Anstrengung, sich darüber zu informieren. Aber wer sich dazu nicht in der Lage sieht, sollte wenigstens auf pauschale Abwertungen verzichten. In der Ziellinie des christlichen Glaubens liegt nicht die Lehnstuhlkritik, die in Wirklichkeit nichts zum Besseren wendet. Sondern in der Ziellinie des christlichen Glaubens liegen die engagierte und kritische Einmischung und die Mitwirkung in politischen Initiativgruppen und politischen Parteien.

Ich erhoffe mir auch von unserem neuen Bundespräsidenten wichtige Impulse in diese Richtung. Dass er aus der reformatorischen Tradition mit dem konstruktiven Zugang zu politischem Handeln kommt, den ich beschrieben habe, ist vielleicht kein Zufall. In jedem Falle ist es eine gute Grundlage, um unserem Land die ethische Orientierung zu geben, die es braucht. Ich wünsche Joachim Gauck alles Gute und Gottes Segen für die Wahrnehmung seines wunderbaren Amtes.

2. Bildung

Ich bin sehr froh, dass die Synode auf dieser Tagung das Bildungsthema aufgreift. An der Frage, wie es in einem Land mit der Bildung bestellt ist, entscheidet sich viel. Es entscheidet sich daran, ob allen Kindern die Chancen gegeben werden, die sie verdienen oder ob nur diejenigen Chancen haben, die das Glück haben, von zu Hause die entsprechende Förderung zu bekommen. Es entscheidet sich daran, ob Menschen nur auf eine bestimmte berufliche Tätigkeit hin trainiert werden oder ob sie sich als Gesamtpersönlichkeit mit allen ihren Dimensionen entwickeln können. Und – was für uns besonders wichtig ist: Es entscheidet sich daran, ob junge Menschen – aber genauso auch die Älteren – in ihrer Suche nach Glück und nach Sinn in ihrem Leben das kraftvolle Angebot des christlichen Glaubens näher kennen lernen oder nicht.

Wie prägend die eigenen Bildungserfahrungen sein können, weiß jeder, der in der Schule oder in der Gemeinde in seinem Leben Menschen begegnet ist, die ihm in dieser Hinsicht etwas

Prägendes mit auf den Weg gegeben haben. Ich habe in meiner Arbeit mit Studierenden an der Universität regelmäßig von den zukünftigen Religionslehrerinnen und -lehrern aufgeschrieben bekommen, was sie auch in ihrem Studienwunsch besonders geprägt hat. Sehr häufig kam dabei vor: ein guter Religionsunterricht. Ich will deswegen heute einmal ausdrücklich die Aufmerksamkeit auf die lenken, die in unseren Schulen Religionsunterricht erteilen. In einem Umfeld, in dem Vieles an der unmittelbaren Verwertung ausgerichtet ist, ist das nicht immer eine leichte Aufgabe. Umso höher ist es zu bewerten, wenn engagierte Religionslehrerinnen und -lehrer ihren Schülerinnen und Schülern ein Orientierungswissen zu vermitteln vermögen, das mindestens genauso wichtig ist wie mathematische Formeln und technisches Wissen.

Dass in unserem Land Religionsunterricht an öffentlichen Schulen erteilt wird, vor allem dass der Religionsunterricht nicht irgendein Wahlfach, sondern ein ordentliches Unterrichtsfach ist, und zwar verfassungsmäßig garantiert, das ist eine sehr weise Regelung. Sie nimmt die Ganzheitlichkeit des Menschen und seiner Bildungsbedürfnisse ernst. Und sie erkennt an, dass auch unser Bildungssystem eine Seele braucht, von der her es lebt. Ich danke heute ausdrücklich allen Religionslehrerinnen und -lehrern für ihre Arbeit. Und ich danke auch denen, die an den Universitäten, in der evangelischen Hochschule Nürnberg, im Religionspädagogischen Zentrum in Heilsbronn, bei der Gymnasialpädagogischen Materialstelle und in den Lehrerseminaren ihr Bestes geben, um sie gut auszubilden.

Das Bildungsthema ist aber auch für die Gesellschaft ein Schlüsselthema. Darauf hat schon die Denkschrift zur Armut in Deutschland hingewiesen, die die Evangelische Kirche in Deutschland 2006 der Öffentlichkeit vorgestellt hat.¹ Das Bildungsthema spielt darin eine zentrale Rolle. Die Denkschrift unterzieht das deutsche Bildungssystem auf dem Hintergrund der bekannten Studien einer deutlichen Kritik: „Das deutsche Bildungssystem, das in anderen Bereichen über große Stärken verfügt, scheitert faktisch in der Vermittlung von Bildung an von Armut betroffene oder gefährdete Gruppen der Bevölkerung“ (Ziffer 108). Wer Armut überwinden will – so die Denkschrift – muss bei der Bildung ansetzen. Gerade hier hat auch das Programm „f.i.t – fördern – initiativ werden – teilhaben“ unserer Landeskirche und ihrer Diakonie seinen Platz. Bildungspolitik muss als Sozialpolitik verstanden werden (Ziffer 81).

Aus diesen grundsätzlichen, programmatischen Perspektiven werden auch ganz konkrete Folgerungen für die Bildungspolitik abgeleitet. Unter dem Aspekt der Schaffung eines armutsverringenden Bildungssystems – so die Denkschrift – muss „über die Kultur des drei- und mehrgliedrigen Schulsystems in Deutschland diskutiert werden.“ In keinem vergleichbaren Industrieland gliedert sich das Schulwesen im Ergebnis so rigide wie in Deutschland. Der Blick auf Länder, die bei internationalen Schulvergleichsuntersuchungen besonders gut abschneiden, belege, dass gemeinsame Schulbildung der individuellen Förderung besonders begabter Schüler nicht entgegenstehen müsse und den schwächeren Schülern zugute kommen könne (Ziffer 116).

¹ Kirchenamt der EKD (Hg.), Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, Gütersloh 2006.

Das Problem ist damit klar markiert. Ob es durch eine systematisch erhöhte Durchlässigkeit eines im Prinzip dreigliedrigen Schulsystems oder durch eine Aufhebung der Gliederung am besten gelöst werden kann, muss und kann diskutiert werden. Angesichts der Forschungsergebnisse der Bildungsforscher sprechen aber – jenseits aller Diskussionen um Zwei- oder Dreigliedrigkeit – gute Gründe dafür das gemeinsame Lernen zwischen Stärkeren und Schwächeren ins System einzubauen.

Die gerade veröffentlichte Bertelsmann-Studie zur Chancengleichheit an Schulen hat für Bayern Licht- und Schattenseiten offenbart. Einerseits verlässt in Bayern eine vergleichsweise niedrige Anzahl von Schülerinnen und Schülern die Schule ohne Abschluss. Außerdem sind die Kompetenzen, z.B. die Lesekompetenz, von Schülerinnen und Schülern sehr ausgeprägt. Auch bei dem Schulformwechsel ist Bayern in der Spitzengruppe vertreten, was für Durchlässigkeit spricht.

Andererseits belegen die von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegten Zahlen erneut, dass die Chancen eines Kindes aus oberen Sozialschichten, das Gymnasium zu besuchen, 6,5 Mal höher sind als die eines Kindes aus unteren Sozialschichten und die Zahl der Wiederholer in den weiterführenden Schulen in Bayern mit 4,7 Prozent aller Schüler deutlich höher ist als bundesweit mit durchschnittlich 2,9 Prozent. Gerade wenn es um die Chancen für Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern geht, kommt den Kindertagesstätten – auch den von uns getragenen, 1200 an der Zahl – eine besondere Aufgabe und Verantwortung zu; gerade auch im Bereich der Sprachförderung und der sozialen Kompetenz.

Welche Konsequenzen auch immer man aus diesen Befunden für die politische Debatte ziehen mag: Die Frage nach der Bildungsgerechtigkeit – das zeigen sie in jedem Falle – gehört ins Zentrum der politischen Debatte.

Aber mir ist noch ein zweites wichtig, das in den Bemerkungen zum Religionsunterricht schon angeklungen ist. Bildung muss umfassend verstanden werden. Eine gute Ausbildung in der Schule und danach, um den Herausforderungen einer modernen Wirtschaft gerecht zu werden, ist wichtig. Wir haben unseren materiellen Wohlstand nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, dass wir gut ausgebildete Facharbeiter, qualifizierte Handwerkerinnen – auch auf Grund einer sehr gut funktionierenden dualen Ausbildung –, hervorragende Ingenieure und kreative Unternehmerinnen haben.

Aber der Wohlstand unserer Gesellschaft lebt auch davon, dass diese Fähigkeiten in den Kontext eines viel breiteren Verständnisses von Bildung gestellt werden. Bildung ist auch Herzensbildung. Bildung vermittelt einen breiten Horizont, der auch den Umgang mit Sinn- und Orientierungsfragen einschließt. Die Gefahr ist groß, dass dieser breite Horizont durch die Beschleunigung von Bildungsabläufen – wie dem G8-Gymnasium und dem Bologna-Prozess – leidet. Wenn Schüler oder Studierende nur noch auf Examina lernen und sich nicht mehr die Freiheit zweckfreier Erkenntnisprozesse gönnen, geht etwas verloren, das vielleicht nicht kurzfristig in barer Münze zu messen ist, das aber wesentlicher Bestandteil eines erfüllten Leben und einer wohlgeordneten Gesellschaft ist. Hier gilt es wachsam zu sein und Räume für zweckfreie Bildungsprozesse zu schaffen. Evangelische Schulen – 140 in Bayern – versuchen

diese umfassende Persönlichkeitsbildung aufzunehmen und übernehmen hier immer wieder auch eine Pilotfunktion.

Als reformatorische Kirche der Bildung wollen wir alle Bemühungen zur Verbesserung unseres Bildungssystems konstruktiv-kritisch begleiten. Bildungspolitik – so ist es im Bildungskonzept der Evangelisch-Lutherischen Kirche (ELKB) in Bayern 2004 formuliert worden – gelingt, wenn der einzelne sich, unabhängig vom Schulsystem, bestmöglich entwickeln und unabhängig vom erreichten Bildungsabschluss gesellschaftlich als wertgeschätzt und ebenbürtig anerkannt erfahren kann. Diese Feststellung gilt heute wie damals.

3. Internet

In meinem letzten Bischofsbericht bin ich ausführlich auf meine Vorstellungen und Entwicklungen in der landeskirchlichen Internetarbeit eingegangen. Ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, was seitdem geschehen ist – auch wenn Etliche von Ihnen es vielleicht mitverfolgt haben.

Die bedeutendste Entwicklung ist die neue, zukunftsweisende Internetstrategie mit dem Titel „Das Netz sinnvoll nutzen“, die der Landeskirchenrat im Februar beschlossen hat. Sie ist insofern ein wichtiger Schritt, als sie sowohl die medienethische Kompetenz der Mitarbeitenden unserer Landeskirche, als auch die Unterstützung der Internetkommunikation der Gemeinden, Dekanatsbezirke und Dienste, sowie die landeskirchliche Internetpräsenz und Social Media in den Blick nimmt.

Allen, die daran gearbeitet haben, danke ich herzlich. Mit dieser Strategie ist es gelungen, die modernen Medien positiv aber nicht euphorisch, kritisch, aber nicht ablehnend, zu betrachten. Sie würdigt das Internet und Social Media als das, was es jedenfalls auch ist: Eine großartige Gelegenheit, mit den Menschen über die Wege zu kommunizieren, die sie vorwiegend nutzen und mit ihnen dort „über Gott und die Welt“ ins Gespräch zu kommen.

Natürlich ist uns bewusst, dass die Nutzung des Internet nicht automatisch zu gelingender Kommunikation führt und dass das Netz auch Schattenseiten hat. Deshalb finde ich es hervorragend, dass die Evangelische Jugend einen „WebCheck“ entwickelt hat, der seit Anfang Januar Online ist. Nicht nur junge Menschen bekommen damit einen Leitfaden für eine sinnvolle Nutzung des Internets und den sicheren Umgang mit Social Media an die Hand. Ein ganz herzlicher Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Evangelischen Jugend Bayern, die dies alles ehrenamtlich geleistet haben. („gefällt mir“).

Die Neukonzeption der landeskirchlichen Webseite www.bayern-evangelisch.de ist seit dem Jahreswechsel in vollem Gange. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Frau Kirchenrätin Andrea Seidel und Frau Pfarrerin Anne Lütters analysiert die bisherige Website und entwickelt eine integrierte digitale Kommunikation, die sowohl den Internetauftritt als auch Social Media und das mobile Internet in den Blick nimmt und danach fragt, was die Anforderungen der

Internetnutzer an eine Webseite der Landeskirche sind. Auch die Synodale Stefanie Finzel arbeitet bei diesem Projekt mit. Danke, dass Sie sich die Zeit dafür nehmen.

Anfang Dezember habe ich eine offizielle landesbischöfliche Facebookseite eröffnet und kommentiere darauf regelmäßig, was mir in meinem Amt als Landesbischof begegnet. Es macht mir Freude, auf diese Weise immer wieder spontane Kommentare zu Dingen zu bekommen, die uns als Kirche bewegen. Und ich bekomme dabei häufig interessante Gedanken mit auf den Weg. Insbesondere auf eine Frage nach Faktoren, die unserem gottesdienstlichen Leben neue Kraft geben könnten, habe ich eine Menge hochrelevanter Hinweise bekommen. Die Facebookseite ist eine sehr unkomplizierte Art, mit Menschen in Kontakt zu treten und etwas über ihre Meinung, ihre Gedanken über Gott und die Welt zu erfahren, darüber in Austausch zu kommen und dabei auch das, was mich selbst begeistert und trägt, unter die Menschen zu bringen.

Hundert Tage nach meinem Amtsantritt ist auch die neue „Microsite“, sprich: die Homepage des Landesbischofs frei geschaltet worden. Wir haben damit auf die Nachfragen zu Terminen, Predigten und Vortragstexten reagiert. Nun sind sie – auch ohne Facebook-Zugang – zu finden, graphisch ansprechend aufbereitet, und Interessierte können das eine oder andere noch einmal nachlesen.

Begleiten Sie diese Entwicklungen mit wohlwollendem Interesse und, wo nötig, mit Ihrer Kritik. Für mich sind sie jedenfalls wichtige Bausteine, um mit den Menschen über die christliche Botschaft und ihre Bedeutung für unser Leben ins Gespräch zu kommen.

4. Kampf gegen Rechtstremismus – Bündnis für Toleranz

Die jüngst aufgedeckten Morde an Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben, haben in der Politik ein heilsames Erschrecken ausgelöst. Dieses Erschrecken ist besonders in Bayern groß und nach meinem Eindruck auch aufrichtig. Hier wurden fünf der neun Morde begangen. Dabei ist auch in neuer Weise der Nährboden in den Fokus gerückt, auf dem solche Taten entstehen. Spätestens jetzt muss ein jeder und eine jede von uns Flagge zeigen, wenn in der Mitte der Gesellschaft, im Alltag, Auffassungen vertreten werden, die diesen Aktivitäten in die Hände arbeiten.

Die NPD ist die Partei, in der sich solche Haltungen bündeln. Sie vertritt menschenverachtende politische Auffassungen. Anders als bei anderen extremistischen Parteien, die an sich dem humanitären Erbe verdankte Ideen pervertieren, sind die Ideen der Rechtsextremen in sich selbst schon menschenfeindlich. Anstatt humanitäre Impulse zu stärken und für den Schutz der Schwachen einzutreten, säen sie Hass gegen Minderheiten. Die NPD ist gegenwärtig das Sammelbecken solcher Ideen, auch wenn sie immer wieder versucht, sich den Anschein der Bürgerlichkeit zu geben. Die Mitgliedschaft in dieser Partei ist deswegen aus meiner Sicht mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Ich hoffe, dass es so bald wie möglich gelingt, sie zu

verbieten. Dass ihre menschenfeindlichen Aktivitäten über die Parteienfinanzierung mit Steuergeldern finanziert werden ist ein unerträglicher Zustand, der beendet werden muss.

Mir ist indessen wichtig, dass hier, wie wir das auch sonst gut reformatorisch tun, zwischen Menschen und ihren Taten unterschieden wird. Wir verurteilen als Christinnen und Christen nicht die Menschen, sondern ihre Taten und ihre Haltungen. Auch im Hinblick auf martialisch aussehende Neo-Nazis in Springerstiefeln gilt: Jeder Mensch ist Teil der von Gott in Christus versöhnten Schöpfung. Niemand verliert durch seine Taten seine menschliche Würde. Sie bleibt eine von Gott zugesprochene Würde, selbst dann, wenn der entsprechende Mensch seine eigene Würde jeden Tag zu dementieren scheint. Menschen mit rechtsextremer Haltung zur Umkehr zu ermutigen, ist neben den zum Schutz der Bevölkerung auch notwendigen repressiven Maßnahmen die allererste Aufgabe. Aussteigerprogramme sind dafür genau der richtige Ansatz.

In diesem Sinne wirkt auch das Bündnis für Toleranz in Bayern, das vor einigen Jahren auf Initiative von Charlotte Knobloch und meinem Vorgänger Johannes Friedrich gegründet wurde und dem inzwischen zahlreiche gesellschaftliche Organisationen in Bayern sowie zwei Staatsministerien angehören. Im Oktober hat mich die Mitgliederversammlung als Nachfolger von Johannes Friedrich zu ihrem Sprecher gewählt. Nicht lange vorher konnte mit Martin Becher ein neuer Geschäftsführer gewonnen werden, der aus der evangelischen Kirche kommt und der und seit seinem Dienstantritt schon unglaublich viel angestoßen hat. Besonders wichtig sind die Aktivitäten in den Regionen, wo das Bündnis aufklärt und schnell reagiert, wenn rechtsextreme Kräfte an bestimmten Orten Fuß zu fassen versuchen. Schon mehrfach ist es gelungen, solche Versuche im Keim zu ersticken. Dabei haben Persönlichkeiten unserer Kirche vor Ort eine wichtige Rolle gespielt.

Mit dem Wechsel im Amt des Sprechers und in der Geschäftsführung sind wichtige „Gründungspersonen“ nicht mehr im operativen Geschäft, das Bündnis ist jedoch weiterhin sehr gut arbeitsfähig – damit ist eine gewisse Institutionalisierung und Stabilisierung der Arbeit eingetreten. Dabei spielt die ELKB eine nach wie vor absolut herausragende Rolle. Diese Entwicklung wurde durch die Gründung des Fördervereins unterstützt, dem Landesbischof a.D. Johannes Friedrich nun vorsitzt. So gibt es jetzt auch für Einzelpersonen und Unternehmungen die Möglichkeit des (finanziellen) Engagements.

Das Bündnis erfährt eine immer stärker werdende Resonanz: es gab neue Mitglieder (im vergangenen Jahr die Stiftung Weiße Rose und den Bayerischen Rundfunk, in diesem Jahr werden noch einige folgen. Die Staatsregierung dankte der ELKB ganz ausdrücklich und erhöht ab 2012 die Gesamtmittel aus dem staatlichen Bereich auf 60.000 Euro. Die Evangelische Akademie Tutzing hat beschlossen, dem Bündnis den Preis für Zivilcourage zu verleihen. Darüber freue ich mich sehr.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus hält zum zweiten Mal am 23./24. November eine bundesweite Tagung ab. Dass wir als erste Landeskirche aus den alten Bundesländern gebeten worden sind, eine solche Tagung bei uns (in Nürnberg) auszurichten, ist eine bundesweite Anerkennung unserer Arbeit hier vor Ort.

Dass die bayerische Landeskirche durch die anfängliche finanzielle Absicherung der Geschäftsführer-Stelle so etwas wie die Geburtshelferin des Bündnisses und seiner Arbeit geworden ist, hat sich als eine sehr weise Entscheidung erwiesen. Dieses öffentliche Engagement unserer Kirche steht auf guter theologischer Grundlage. Es war die Basis dafür, dass jetzt, wo durch die traurigen Ereignisse das Thema plötzlich im Zentrum des Interesses steht, eine Infrastruktur zur Verfügung steht, die sich als sehr wirksam erweist. Ich will Martin Becher an dieser Stelle ausdrücklich für sein großes Engagement danken und wünsche ihm viel Kraft für die weitere Arbeit.

Wenn ich im Folgenden auf die der Synode zur Abstimmung vorliegende Verfassungsänderung zum Verhältnis zwischen unserer Kirche und dem Judentum eingehe, dann liegt der Zusammenhang zu dem vorher verhandelten Thema auf der Hand.

5. Verfassungsänderung zum Verhältnis Christentum-Judentum

Meine Überlegungen möchte ich einleiten mit einer Erfahrung, die ich vor einigen Wochen gemacht habe und die mich sehr bewegt hat. Man kann das, was mit dieser Verfassungsänderung intendiert ist, nicht verstehen, ohne die „stories“ zu verstehen, die dahinter stehen.

Bei meinem lange geplanten Antrittsbesuch im jüdischen Gemeindezentrum in München entwickelte sich ein sehr vertrauensvolles und intensives Gespräch mit Präsidentin Charlotte Knobloch. In diesem Gespräch spielte auch das Erschrecken über die anti-judaistischen Tiraden Martin Luthers am Ende seines Lebens eine Rolle. Ich habe darauf hingewiesen, dass es in dieser Hinsicht nichts zu beschönigen gebe und dass die einzige Konsequenz für uns als Kirche sein kann, alles zu tun, damit solche Ideen in der Zukunft nie wieder vertreten werden.

In dem Moment hörten wir Kindergesang, der immer lauter wurde. Und eine Mitarbeiterin kündigte überraschenden Besuch an. Wenige Minuten später war das Büro der Präsidentin voll mit singenden Kindern. Es waren die Kinder des im Gemeindezentrum angesiedelten jüdischen Kindergartens, die in Verkleidung und mit den dem Brauch entsprechenden Rasseln das Purim-Fest feierten.

Weder Präsidentin Knobloch noch ich konnten uns der ansteckenden Freude der Kinder und – so will ich noch weitergehend sagen – dem Glück des Momentes entziehen. Mitten in München, dem Ort, an dem die verbrecherische Bewegung der Nationalsozialisten ihren Ursprung nahm, füllte nun der Gesang jüdischer Kinder, Münchner Kinder, die Luft. Diesem Gesang gehört die Zukunft. Ich werde diesen Moment nie vergessen. Und ich verspreche ganz persönlich, dass ich alles, was in meiner Macht steht, dazu tun werde, dass jüdisches Leben in Deutschland nie wieder in Gefahr gerät, und ich hoffe, Sie alle zusammen mit mir.

Solche „stories“ sind es, die Menschen in unserer Kirche dazu bewegt haben, viele Jahre lang für eine Verfassungsänderung einzutreten, wie die Synode sie jetzt zu entscheiden hat.

Menschen in der Synode selbst, Menschen in den Vereinen und Organisationen – ich nenne ausdrücklich den Verein zur Förderung des christlich-jüdischen Gesprächs in der ELKB –, in denen der jüdisch-christliche Dialog gepflegt wird, Menschen in den Gemeinden und die Menschen, die sich im Landeskirchenamt damit beschäftigen. Sie alle sind berührt worden von Geschichten unermesslichen Leids, entstanden aus einem Land heraus, das sich immer dem „christlichen Abendland“ zurechnete. Sie sind aber auch berührt worden von Geschichten der Versöhnung und der Wiedereinwurzelung jüdischen Lebens in Deutschland, wie ich sie im jüdischen Gemeindezentrum in München erlebt habe.

Wenn wir jetzt eine Verfassungsänderung vorliegen haben, die von der „bleibenden Erwählung Israels“ spricht, dann bewegen wir uns in einer Tradition der „Theologie nach dem Holocaust“, deren Wurzeln man schon in der Theologie Dietrich Bonhoeffers in den 1930er Jahren identifizieren kann und die erstmals in einem prominenten kirchlichen Dokument auf der Weißenseer EKD-Synode zu finden ist. Diese Synode fasste am 27.4. 1950 einen Beschluss, in der folgender Satz zu finden ist: „Wir glauben, dass Gottes Treue über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft bleibt.“ Und direkt danach folgt eine Aussage, die deutlich macht, warum dieser Satz notwendig und die aus meiner Sicht der entscheidende Grund ist, warum wir in Bayern über 60 Jahre später gut daran tun, Entsprechendes in unsere Verfassung aufzunehmen:

„Wir bekennen uns zu der Schuld der Deutschen“ heißt es da, „die vor dem Gott der Barmherzigkeit durch den Massenmord an den Juden handeln[d] oder schweigend schuldig geworden sind.“

Es geht am Ende nicht um theologische Feinheiten, so wichtig gründliche theologische Rechenschaft ist. Es geht darum, dass wir die unselige Tradition des Anti-Judaismus, die den Anti-Semitismus in der Geschichte immer wieder befördert hat und dadurch soviel Leid angerichtet hat, in der Kirche endgültig überwinden. Nie wieder soll in den Gemeinden, an den Universitäten oder in den Schulen irgendjemand über Juden als Gottesmörder herziehen, ohne überhaupt zu merken, dass Jesus selbst ein Jude war. Deswegen ist es so wichtig, die untrennbare Verbindung zwischen Christentum und Judentum endgültig einzuschärfen und deswegen ist es auch richtig, dass eine entsprechende Passage in den Grundartikel unserer Verfassung kommt.

Ich bin mir sehr bewusst, dass auch nach intensiver Diskussion nicht alle theologischen Fragen endgültig geklärt sind. Aber die lange Diskussion hat uns gut getan. Und sie hat nach meiner Wahrnehmung ein Ergebnis gebracht, das auch für die anfänglichen Skeptiker gut mit zu tragen ist. Mein Eindruck ist, dass die Übereinstimmung jetzt groß ist. Ich appelliere an die Synode, sehr genau abzuwägen, wie schwer die theologischen Fragen, die ggf. geblieben sind, wirklich wiegen. Ich wünsche mir eine breite Zustimmung. Genauso klar ist aber, dass niemand, der sich nicht zur Zustimmung entscheiden kann, Angst haben muss, als Blockierer jüdisch-christlicher Versöhnung zu gelten. Ich kenne die Synode gut genug, um solche Motive für eine abweichende Entscheidung definitiv auszuschließen. Bei einer Verfassungsänderung noch viel mehr als bei jeder anderen Entscheidung ist jeder seinem Gewissen verpflichtet.

6. Kirchentage

Ich nehme das Thema Christen-Juden als Brücke für einen kurzen Hinweis auf eine andere Idee, die ich gerne unterstützen möchte. Die Präsidentin hat in ihrem Bericht bereits davon gesprochen. Die wichtigsten Impulse für eine Neubestimmung des Verhältnisses von Kirche und Judentum sind in Deutschland nach dem Krieg vom Deutschen Evangelischen Kirchentag ausgegangen. Das ist nur ein Grund dafür, dass man die Bedeutung der Kirchentage für den Protestantismus in Deutschland, aber auch weit darüber hinaus, für unsere Gesellschaft insgesamt kaum überschätzen kann.

Evangelische Kirchentage sind so etwas wie eine „Zeitansage“. Bei aller Vielfältigkeit, die immer auch Ansatzpunkte für Kritik bietet, sind sie keine „Zeitgeistveranstaltung“. Sie versuchen vielmehr „Geist in die Zeit“ zu bringen. Viele junge Leute – ich gehöre auch dazu – haben auf den Kirchentagen wesentliche Impulse für die Entwicklung ihres vielleicht noch ganz fragilen Glaubens bekommen. Kirchentage sind eine Form öffentlicher Theologie, die unsere Gesellschaft dringend braucht. Ich unterstütze daher nachdrücklich die Idee, den Kirchentag zu uns nach Bayern einzuladen, ob für das Jahr 2023 oder schon vorher, hängt von den Planungen dort ab. Einen Kirchentag zu beherbergen, kostet Zeit und Geld. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass diese Zeit und dieses Geld gut investiert sind. Das Erlebnis eines Kirchentags tut sowohl der Gesellschaft gut als auch der Kirche, die ihn beherbergt.

7. Die Kraft, aus der wir schöpfen

Lassen Sie mich in meinem letzten Teil einige grundsätzliche Bemerkungen zum Weg unserer Gesellschaft machen und deutlich machen, warum der christliche Glaube dieser Gesellschaft gut tut. Lebenskraft und Lebensglück kommen nicht aus dem, was wir geschafft haben oder was wir vorweisen können. Sie entscheiden sich daran, ob wir in Beziehung geblieben sind zu Gott und unseren Mitmenschen. Wo die Quelle dieser Beziehung liegt, hat Michelangelo in seiner berühmten Darstellung der Schöpfung eindrucksvoll sichtbar gemacht. Kaum eine kunstgeschichtliche Darstellung der Schöpfungsgeschichte ist so bekannt geworden wie die Fresken Michelangelos in der Sixtinischen Kapelle. In Supermärkten zu kaufende Poster zeigen Reproduktionen dieser Darstellung, T-Shirts mit einem entsprechenden Aufdruck sind zu kaufen. Und eine bekannte Porzellanfirma 10 km von meinem bisherigen Wohnort Coburg hat sogar eine Darstellung dieser Fresken auf Porzellan produziert.

Gottvater wird hier durchaus klassisch als Mann mit weißen Haaren dargestellt. Die Ewigkeit, die wir als ein wesentliches Charakteristikum Gottes intuitiv erspüren, findet so ihren künstlerischen Ausdruck. Dennoch steckt in dem Bild von Michelangelo eine ganz andere Energie als in vielen anderen Darstellungen Gottes als altem Mann. Gott wird als dynamisches Wesen dargestellt. Gott ist in Bewegung. Und vor allem: Gott ist in Beziehung. Das ist vermutlich der Grund dafür, dass diese Darstellung von der Erschaffung des Menschen in der heutigen Zeit solche Popularität erlangt hat.

Die sich fast berührenden Fingerspitzen Gottes und des Menschen drücken aus: Gott erschafft den Menschen, indem er sich nach ihm ausstreckt, indem er zu ihm in Beziehung tritt. Das Bild trifft damit eine tiefe Sehnsucht, die wir Menschen in uns tragen, nämlich in Beziehung zu stehen mit der Urkraft des Lebens, behütet und geborgen zu sein in Gottes guter Hand.

Ich glaube, dass dieser Vorrang der Beziehung von nicht zu überschätzender Bedeutung für unsere heutige Lebenswelt ist. Denn Beziehungen drohen heute aufgefressen zu werden von der Vorherrschaft der Ökonomie. Dass in den letzten Jahrzehnten alles immer effektiver, immer dichter, immer „besser aufgestellt“ geworden ist, hat uns einen beispiellosen materiellen Wohlstandszuwachs beschert, der nicht gering zu schätzen ist. Trotzdem ist die Zeit für ein Umsteuern gekommen. Effektivität kann auch gnadenlos werden, ja sie kann Menschen kaputt machen, wenn ihr ganzes Leben sich an diesem Ziel ausrichten soll.

Beziehungen in Ehe und Familie leiden, wenn Arbeitnehmer sich in ihren Arbeitszeiten immer mehr nach dem Unternehmen und seinen flexiblen Anforderungen richten müssen. Fußballvereine finden immer weniger Jugend-Trainer, weil die wechselnden Arbeitszeiten keine verlässlichen Trainingstermine zu lassen. Schüler haben Schwierigkeiten, Trainingstermine wahrzunehmen, weil sie in der Schule – jetzt in acht anstatt in neun Jahren – fit für die Globalisierung gemacht werden sollen.

Als Gesellschaft müssen wir uns fragen, in welche Richtung wir gehen wollen. Wollen wir wie bisher unser Leben vor allem auf Zuwachs an materiellem Wohlstand ausrichten? Oder ist es Zeit, den Zuwachs an *Beziehungswohlstand* an die erste Stelle zu setzen? So sehr gerade bei dieser Frage die sozial gerechte Verteilung des Wohlstands im Blick bleiben muss, ist diese Frage jedenfalls im Hinblick auf die meisten Menschen in unseren westlichen Gesellschaften aus meiner Sicht mit Ja zu beantworten.

Schon aus ökologischen Gründen ist die Fortschreibung unseres bisherigen Wohlstandsmodells schlicht und einfach unmöglich. Aber auch darüber hinaus gibt es so etwas wie eine Seelenökologie. Dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt, ist eine alte biblische Weisheit. Es ist Zeit, der Regeneration der Seele wieder einen neuen Stellenwert zu geben. Deswegen werde ich auch über die Grenzen der Kirche hinaus für den Gottesdienst. Er ist eine wunderbare Form in einem verlässlichen Rhythmus zur Besinnung zu kommen, über sich selbst, über Gott und über die Welt nachzudenken, sich berühren zu lassen und sein Herz zu öffnen für die Perspektive der anderen, aber auch für die göttlichen Lebensquellen, die die eigene Seele erneuern.

Diese Überlegung zeigt, dass der Gottesdienst mehr ist als eine Selbstvergewisserungs-Veranstaltung der Kirchen. Gottesdienst ist eine Frage öffentlicher Theologie. Denn im Gottesdienst drückt sich etwas aus, das für die Gesellschaft als ganze von zentraler Bedeutung ist, ganz gleich, ob sie sich selbst explizit religiös definiert oder nicht. Der Gottesdienst ist nämlich nicht ohne Grund eng verknüpft mit dem Feiertag. Wenn unser Grundgesetz die Feiertage als „Tage seelischer Erhebung“ schützt, dann kommt darin eine tiefe Ahnung davon zum Ausdruck, dass es noch Wichtigeres gibt als die Wirtschaft, dass der materielle Wohlstand nie auf Kosten des Beziehungswohlstands gehen darf.

Das ist genau der Grund, warum die Kirchen zusammen mit den Gewerkschaften und anderen so leidenschaftlich für den Schutz des Sonntags eintreten. Das ist auch der Grund, warum wir nicht Ruhe geben werden, bis der Buß- und Betttag wieder als gesetzlicher Feiertag eingeführt worden ist. Ich habe eine Vision: nach Jahren, ja Jahrzehnten, in denen sich die Gesellschaft immer mehr an den Erfordernissen der Ökonomie orientiert hat, sagen wir Stopp. Von Bayern geht ein Signal aus, das sagt: Wir wollen als Gesellschaft Luft holen. Wir wollen uns nicht

gestalten lassen, sondern wir wollen selbst gestalten. Und wir zeigen, dass falsche Entscheidungen korrigiert werden können. Wir orientieren uns nicht mehr zuallererst am materiellen Wohlstand, sondern rücken den Beziehungswohlstand wieder an die erste Stelle. Und das Symbol dafür ist der Buß- und Betttag. Weil er so hart zurückerkämpft werden musste, wird der Buß- und Betttag uns in der Zukunft ein umso kostbarer Feiertag sein. Er wird uns jedes Jahr als Gesellschaft ein Tag der Besinnung, des Innehaltens und der Buße und Umkehr sein. Anlässe dazu gibt es wahrlich genug. Und seine Wiedereinführung als gesetzlicher Feiertag wird gezeigt haben, dass es kein Diktat der Ökonomie gibt, sondern dass wir selbst unsere Gesellschaft gestalten können.

Übrigens: Recht verstanden muss an der Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlichem Feiertag nicht nur den Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgebern sehr gelegen sein. Denn eine prosperierende Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass eine Gesellschaft ihre Werte pflegt und durch eine gute Kultur des Zusammenlebens die Voraussetzungen für Zukunftsfähigkeit und Investitionen schafft. Ohne Wertebewusstsein wird all unser Tun und Schaffen beliebig.

Gerade der Buß- und Betttag setzt dagegen ein Zeichen. Und deshalb darf die Frage seiner Wiedereinführung nicht länger zwischen Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern, zwischen Freistaat und Bund hin und her geschoben werden, weil jeder erst einmal die Zuständigkeit anderer einfordert. Sondern – und dafür hat sich übrigens auch Herr Breit in den letzten Jahren immer wieder stark gemacht – es braucht eine konzertierte Aktion aller Beteiligten, einen runden Tisch, um miteinander zu prüfen, was jeder dazu beitragen kann, damit wir alle gemeinsam diesen Feiertag und seine wichtige Botschaft stärken.

Und es wird der Gesellschaft gut getan haben, zu erleben, dass soziale Freiräume einmal nicht abgebaut, sondern im Gegenteil mit neuer Kraft erfüllt werden.

Das ist meine Vision. Es ist nicht nur eine Vision für die Kirche. Es ist eine Vision für die Gesellschaft als ganze. Und sie ist Ausdruck der Bedeutung, die die Kirchen auch in einer pluralistischen Gesellschaft, vielleicht gerade in ihr, für die Seelenökologie des Gemeinwesens haben. Wir werden der Gesellschaft diesen Dienst auch in Zukunft nicht schuldig bleiben!

9. „Salutogenese“

Lassen Sie mich mit einem Gedanken schließen, der mit diesem Thema eng verbunden ist und der mir in den letzten Wochen zunehmend wichtig geworden ist. Ich habe Ihnen berichtet von vielen Aktivitäten der Kirche und auch des Bischofs persönlich. Ich habe immer wieder zum Ausdruck gebracht, wie viel Freude mir meine Arbeit macht. Mit mir zusammen engagieren sich zahllose Menschen in unserer Kirche, als hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder als Ehrenamtliche, die manchmal bis an die Grenzen ihrer Kräfte gehen oder auch darüber hinaus. Sie engagieren sich, weil sie ihre Arbeit nicht nur als Job empfinden, sondern als Berufung, als Arbeit für etwas, was ihnen leidenschaftlich wichtig ist.

Gerade wer seine Arbeit mit Begeisterung tut, oder auch nur mit einem tief ausgeprägten Verantwortungsgefühl, steht in der Gefahr sich zu verausgaben und auszubrennen. Wir haben daher in unserer Kirche eine Stelle auf den Weg gebracht, die sich unter dem geheimnisvollen lateinischen Namen „Salutogenese“ mit genau diesem Problem befasst und helfen soll, Burn-out zu verhindern und zur Regeneration der eigenen Kraftquellen zu ermutigen. „Salutogenese“ heißt Förderung körperlicher und seelischer Gesundheit. In den Tagen nach dem entsprechenden Landeskirchenratsbeschluss bekam ich einen Brief, der mich betroffen und nachdenklich gemacht hat. Welche Signale, so fragte die Briefschreiberin, geben Sie als Bischof aus? Ich hatte irgendwo in einem Interview gesagt, dass ich mich am liebsten zerteilen würde, um möglichst vielen Einladungen folgen zu können. Dass in solchen Signalen nicht gerade eine Ermutigung zur eigenen „Salutogenese“ liegt, ist mir durch den Brief deutlich vor Augen getreten.

Mir ist auch bewusst, dass ein Bischof, der alles immer gerne und aus Freude macht, auch ermutigen kann, nämlich da, wo Menschen überhaupt keine Freude mehr empfinden, sich leer und ausgebrannt fühlen. Freude und Begeisterung darf nicht zum Leistungsdruck werden. Alles hat seine Zeit. Begeistertsein hat seine Zeit. Und Kraftlossein hat seine Zeit. Wie gut ist es da, dass wir mit dem Psalm 31 sagen können: „Meine Zeit steht in deinen Händen“ (Ps 31,16).

Es gehört zu den vielleicht stärksten Herausforderungen der Arbeit in der Kirche, wie wir es schaffen können, das innere Engagement für die Sache des Evangeliums mit einer Distanz zu verbinden, die die eigene Begrenztheit wahrzunehmen ermöglicht. Wenn Menschen erst krank werden müssen, um – dann notgedrungen – in ihren Arbeitsvollzügen vertreten werden zu müssen, dann stimmt etwas nicht. Es gibt einen besseren Weg, solche Vertretung in Anspruch zu nehmen – und das ist der Urlaub.

Der Urlaub ist die Zeit, in der wir uns vertreten lassen, ohne dafür krank werden zu müssen. Er ist so etwas wie ein Platzhalter, der uns daran erinnert, dass Leistung und Output am Ende nicht die Faktoren sind, die über ein gelingendes Leben entscheiden. Die biblische Sabbattradition ist dafür der eindrucksvollste Ausdruck. Und deswegen werde ich jedenfalls in diesem Jahr alle Wochen Urlaub nehmen, die mir als Pfarrer unserer Kirche zustehen. Immer mal wieder eine Woche zum Kraftschöpfen. Das wird mir gut tun. So dass ich auch in der Zukunft – bei allen Hochs und Tiefs, die es natürlich geben wird – meine Arbeit mit der gleichen Freude tue, mit der ich sie jetzt tue.

Jesus selbst hat uns gezeigt, wie wir in all unserem Planen, in all unserem Bemühen letztlich aus etwas leben dürfen, was alle Sorge um die Zukunft überwindet: aus radikalem Vertrauen. Für mich kommt die Ermutigung zu solchem Vertrauen in einem Abschnitt der Bergpredigt Jesu zum Ausdruck, der zu meinen liebsten Bibelstellen zählt. Sie kennen ihn alle:

„Sorgt nicht um euer Leben, was ihr essen und trinken werdet; auch nicht um euren Leib, was ihr anziehen werdet. Ist nicht das Leben mehr als die Nahrung und der Leib mehr als die Kleidung? Seht die Vögel unter dem Himmel an: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch. Seid ihr denn nicht viel mehr als sie?... Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen“ (Mt 6,25-26.33).

Wie herrlich ist es aus diesem Vertrauen leben zu dürfen! Bei allem unseren notwendigen Sorgen und Planen zu wissen, dass für uns schon gesorgt und liebevoll geplant ist. Davon zu erzählen, das immer wieder spüren zu dürfen, darum geht es in der Kirche. Welchen Reichtum das bedeutet, spüren hoffentlich all die Menschen, die sich gerade überlegen, ob sie für die bevorstehenden Kirchenvorstandswahlen kandidieren sollen. Am Ende – das traue ich mich trotz aller Konflikte und Probleme, die wir natürlich auch kennen, zu sagen – ist es doch eine Lust, in dieser Kirche mitarbeiten zu dürfen!